

Briand tritt zurück!

In Deutschland hat man über Briand sehr verschieden gedacht. Die meisten freilich, Linke und wohl auch die gesamte Mitte, erblickten in ihm den Mann, der eine französisch-deutsche Freundschaft auf dem Fuße der Gleichberechtigung aus tiefstem Herzen heraus wollte. In der Erreichung dieses Ziels sei er geschweigt, sagt man heute, und daran seien die französischen und die deutschen Nationalisten schuld. Das Locarnesystem in Deutschland fügt hinzu: wäre Stresemann am Leben geblieben, so würde seine und Briands Politik zum Ergebnis wahrhaft vertrauensvoller und rückhaltloser französisch-deutscher Beziehungen geführt haben. Aber schon Curtius, der hingebungsvolle Schüler Stresemanns, sei doch von den Bahnen seines Meisters abgewichen, und Brüning habe nachher diese vollends verlassen, besonders indem er versäumt, jene intime persönliche Fühlung mit Briand zu halten, die der unbergeliche Stresemann so weise gepflegt habe.

Von den allermeisten Deutschen ist Briand weder als Mensch, noch als Staatsmann verstanden worden, und in Frankreich muß, sonderbarerweise, im Großen und Ganzen ein ähnliches Urteil gelten. Was wollte Briand? Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß Briand vollkommen auf dem Boden der Aufklärung und des Willens stand und immer geblieben ist, daß das Versailler Diktat dauernd für die „europäische Ordnung“, maßgebend sein müsse. Er fand sich hierin mit den extremen französischen Nationalisten. Briand hielt es jedoch nicht für zweckmäßig, dieses den Deutschen unverständlich und dauernd unter die Nase zu reiben, wie die Nationalsozialisten es zu tun gewohnt sind. Die Briandischen Reden in Paris wie in Genf gingen darauf ohne Unterschied aus, den Deutschen den Glauben, zum mindesten die Hoffnung zu suggerieren, er, Briand, werde zu gegebener Zeit auch über Versailler Bestimmungen erfolgreich mit sich reden lassen. In seinen wiederholten persönlichen Besprechungen mit Stresemann ist er gewiß noch weiter gegangen. Die tiefe Enttäuschung, welche Stresemann wiederholt äußerte, wenn wiederum irgendeiner seiner Pläne zu Wasser geworden war, betrifft das ohne weiteres. Es war die Kunst Briands, trotzdem den Deutschen die Hoffnung auf ihn nicht zu nehmen und andererseits den französischen Nationalisten nicht die Möglichkeit zu geben, mit Erfolg behaupten zu können: Briand wolle Versailes den Beziehungen zu Deutschland preisgeben. Daran vollzog sich der Briandische Eieranz immer wieder und unter den verschiedensten Formen. Man kann Herrn Briand ohne weiteres zugeben, daß er diesen Tanz mit großer Kunst getan hat und dabei eine außerordentliche psychologische Kenntnis des Weimardes Reichs zeigte.

Wir meinen damit weniger die Sozialdemokratie. Für sie war Briand, abgesehen von seinem Pazifismus, auch der Sozialdemokrat, der Genosse, der das Heil der Welt sicherlich, wenn er es auch nicht sagen dürfte, in einer Internationalen erblickte. Nein, die Briandische Kunst war, daß er die sich national nennende Mitte des politischen Deutschlands einfiel und begeisterte. Hier, wie übrigens auch gegenüber der Sozialdemokratie kam ihm seine Zugehörigkeit zur Freimaurerei zu gute. Wir haben unseren Lesern wiederholt dargelegt, wie jene ganze Locarno-Periode auf freimaurerischem Boden stand. Stresemann wurde zugleich Reichskanzler und Freimaurer, und ein argentinisches Mauerblatt schrieb im selben Augenblick: durch Stresemanns Eintritt in die Loge habe eine neue Epoche der deutsch-französischen Beziehungen ihren Anfang genommen, eine Äußerung, die damals nur wenig Beachtung gefunden hat. Erinnert sei hier auch an jene erste Rede Stresemanns in Genf, die er mit freimaurerischen Redewendungen und „im Zeichen stehend“ hielt. Der Maurer Briand ist als politischer Werkzeug der Freimaurerei geworden, und es ist wohl möglich, daß die in Frankreich immer stärker werdende Opposition gegen ihn in den nationalistischen Kreisen auch direkt im Gegensatz zum dortigen Freimaurertum stand und steht. Diese französischen Nationalisten haben auch hier Briand nicht verstanden. Der Pariser Großartier will hinsichtlich Deutschlands nichts anderes, als die dortigen Nationalisten, nur mit anderen Methoden.

Zweifellos wollte Briand den Frieden, denn er sah dessen Erhaltung als vorteilhaft für Frankreich an. Briand hat aber immer die Notwendigkeit starker französischer Rüstungen betont, und gerade in den Locarnozeiten mit Nachdruck erklärt, Frankreich habe trotz der Locarnoverträge und trotz Deutschlands Entwaffnung völlige Freiheit für die Bemessung seiner eigenen Rüstungen. Briand war es auch, der 1926 in der Kammer erklärte, nunmehr bilde der Rhein die internationale Grenze zwischen Frankreich und Deutschland. Wohl bezweifle Briand reichlich die Eitelkeit Stresemanns und die Verlässlichkeit auch aller anderen Locarnodeutschen zu Schmeicheleien und allgemeinen Redensarten von kommender Freundschaft und gemeinsamen Zielen usw. Das hinderte ihn aber nicht, im Frühjahr 1926, ebenfalls in der Kammer, zu erklären: die Deutschen können ja nun in den Völkerverbund, sie hätten schlechte Manieren und ermangelten des Taktges, aber man werde sie schon der Genfer Atmosphäre anpassen. Ueberhaupt hat Briand,

sobald es ihm politisch zweckmäßig erschien, niemals gegögert, denkbar verlegend und herabsetzend von Deutschland und Deutschen zu sprechen.

Dem langjährigen Außenminister war seit geraumer Zeit schon klar gewesen, daß die Konstruktion des Versailler Diktats auf die Dauer unpraktisch sei und für Frankreich zum mindesten eine wachsende Schwierigkeit bedeuten werde. Er mußte gut genug, daß man in England, in Italien und auch in den Vereinigten Staaten mit Bitterkeit in Erinnerung an die große Uebertreibung von 1919 dachte. Briands Plan war also klug und folgerichtig, sich im Weimardes Reichland einen Verteidiger des Versailler Diktats zu verschaffen. In Locarno hat Briand es tatsächlich dahin gebracht, daß eine deutsche Regierung unter Stresemanns Führung freiwillig und aus eigener Initiative Versailes anerkannte, während man bisher deutscherseits mit Recht beabsichtigt hatte, zu geeignetem Augenblick gegen diesen sogenannten Vertrag aufzuführen, daß er unter Zwang und Drohung unterzeichnet worden war. Nach 1925/26 aber sagte sich Briand, daß man nicht wissen könne, wie lange deutsche Regierungen zur Freiwilligkeit der Anerkennung stehen würden. Er wünschte eine bessere Garantie als papierne Verträge. Und eine solche erblickte er in seinem sog. Vaneuropaplan, dessen begeisterter Anhänger auch Stresemann war und ebenfalls auch Dr. Curtius ist. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß Vaneuropa alle internationalistischen Seelen in Deutschland zu höchster Seligkeit entflammte. Die Briandische Vaneuropapolitik hatte natürlich außerdem die Freimaurerei Deutschlands nicht allein stimmungsmäßig auf ihrer Seite, sondern als eine leitende geschichte und emfänge Propagandaorganisation. „Vereinigtes Staaten von Europa“, „Mediterranea“, Klang für jeden deutschen Bildungspolitiker beruhend schön, und es war ganz naiv aufrichtig, als der Außenminister Stresemann, als er zum letzten Male in Genf war, in ungeduldiger Freude ausrief: Wo bleibt die europäische Briefmarke, wo die europäische Münze? Briands Plan und Ziel mit keinem Vaneuropa war eine erneute freiwillige Festlegung Deutschlands auf die Grenzen von Versailes, aber nicht allein auf dem Papier in Gestalt von Verträgen und anderen Dokumenten, sondern durch eine planmäßig durchgeführte Neuorganisation, in erster Linie der wirtschaftlichen Beziehungen und des Handelsverkehrs der vaneuropäischen zusammengeschlossenen Staaten. Briand kalkulierte nicht unrichtig, daß eine solche Organisation den deutschen Freiheitsgedanken und damit in erster Linie den Widerstand und die Auflehnung gegen den Vertrag von Versailes verwirren und zerlegen würde. Dazu sollte vor allem die „europäische“ Wirtschaftsorganisation und Wirtschaftsverflechtung, die gegen eitle Bindung durch zu schaffende Gemeinamkeit materieller Lebensinteressen dienen. Und wenn diese Organisation eine Reihe von Jahren funktioniert hätte, so würde durch sie die Grenzführung und die sonstigen Bestimmungen des Versailler Diktats eine so starke Festigung erfahren, wie durch Versailes nie möglich geworden sein würde. Was im Vertrag sich als auf Zerstückelung Deutschlands und des Deutschen Reiches gerichteter Zwang zeigte, würde in der Form „Vaneuropa“ für den Durchschnittsdeutschen erloschlich als wirtschaftliche Notwendigkeit, den Schein und die Ueberzeugung von europäischer Solidarität erwecken.

Man kann tatsächlich sagen, daß dieser Plan auf die deutsche Mentalität sehr geschickt berechnet war. Seine Inangriffnahme ist nur durch den Widerspruch anderer Mächte vereitelt worden. Und es ist interessant genug, daß unter diesen anderen Ländern sich auch der französische Nationalismus befand. Ihm ist die raffinierte Absicht und der antideutsche Grundgedanke Briands nicht klar geworden. Auch hat man persönlich gegen den großen Intriganten Haß gehegt. Der Vaneuropa-Plan war in der Tat das Gefährlichste, was gegen Deutschland erdacht werden konnte: um so gefährlicher, als ja Frankreich in seiner Eigenhaft als militärische, politische und finanzielle Macht in diesem von ihm selbst organisierten Vaneuropa noch ungleich unbedingtere Verankerung gefunden wäre, als es jetzt ist. Andererseits war, und ist, die unklare Begeisterung für die „Vereinigten Staaten von Europa“ in Deutschland so groß, man verbindet so viele Illusionen des ewigen Friedens, der ewigen Abtrünnung, der autoritativen Schiedsgerichte, einer europainternationalen freien und überaus ergiebigen Wirtschaft, fer-

ner einer Gemeinsamkeit in Kultur und Zivilisation damit, daß der Gedanke schon deshalb auf den Deutschen die größte Anziehungskraft besitzt. Alle diese, sehr weiten, meist unter geistiger und willensmäßiger Führung jüdischer Gruppen stehenden Kreise sind außerdem des Wunsches, wie der Ueberzeugung, daß die Entwicklung zwingend zum Vaneuropa führe, über kurz oder lang. Deshalb solle man sich dieser Entwicklung nicht entgegenstellen, sondern sie fördern und damit beschleunigen und dann, die große herrliche Aussicht, daß sich der Versailler Vertrag eben durch Vaneuropa mit der Zeit vollkommen auflösen werde, und daß die jetzt für Deutschland so empfindlichen und unter den Mächten den Frieden so gefährdenden Grenzfragen ganz gegenstandslos von selbst werden würden.

Schon diese Andeutungen der Hauptpunkte beweisen, wie klug gerade auf den Durchschnittsdeutschen Briands vaneuropäischer Plan berechnet war. Im Reichswart ist deshalb auch von vornherein diese Gefahr besonders hoch eingeschlagen worden. Befreit von ihr haben in erster Linie die französischen Nationalisten und damit eine, von ihrem Standpunkt gesehen, außerordentlich große Dummheit begangen. Im übrigen waren England und Italien dagegen, einmal, weil sie eine Gefahr für den Völkerverbund erblickten, ferner weil Italien im Gegensatz zu Frankreich auch Rußland und die Türkei in das Vaneuropa miteinbeziehen wollte, und für England, weil das die ganze Welt umfassende britische Kolonialreich ein unüberwindliches Hindernis bildet. Genug, man darf „Vaneuropa“ zunächst als aus politischer Wirklichkeit ausgehaltener ansehen, nicht zum wenigsten deshalb, weil die wirtschaftlichen Krisen und Fragen die Schutzpolitik beinahe allgemein wieder haben sehr aktiv aufleben lassen, während Vaneuropa gerade die wirtschaftlichen Grenzen und Trennungen beseitigen sollte.

Wenn Briands Rücktrittselbst ihn auch nicht unmittelbar aus dem politischen Leben ausschalten läßt, so kann man gleichwohl gleich seinen Hauptgedanken, nämlich den des Vaneuropa, als gescheitert ansehen. Aufmerksame Deutsche haben viel aus seiner Politik und ihrer Geschichte lernen können. Seine Gewandtheit, keineswegs nur in der Rede, bei der Behandlung der deutschen „nationalen Realpolitiker“ zu beobachten, war ein hoher Genuß und, auf der anderen Seite nicht minder die tiefe Begeisterung für ihn in Deutschland und das naive Vertrauen zu ihm, „dem großen Soldaten des Friedens“, dem kühnen Vorkämpfer für den Internationalismus, den Franzosen der großartigen Ehrlichkeit.

Gewiß wollte Briand Frieden, aber eine Pax Gallia, einen Frieden unbedingter französischer Europaherrschaft und auf der Grundlage französischer Macht und deutscher Ohnmacht. Vor einem militärisch, politisch und diplomatisch gut vorbereiteten europäischen Kriege würde Briand niemals zurückweichen sein. Er wollte aber, und auch das war von seinem Standpunkt nur zweckmäßig, die Deutschen glauben machen, daß er ein idealistischer Pazifist sei, und wie oft hat er das mit Verständnis heuchelndem trübem Lächeln gesagt, daß er eben leider, leider mit Parlament und öffentlicher Meinung rechnen und sich nach ihnen richten müsse. Ja, könnte er allein beschließen, ja dann! — und hehnstuchvoll richtete sich sein Blick in die unerreichbaren Fernen seiner pazifistischen Ideale. Briand war sich seiner Macht gegenüber den deutschen Staatsmännern so bewußt, daß er sie, zum Beispiel Stresemann, und noch im vergangenen Jahre auch Curtius, vor der Weltöffentlichkeit gerodezu anohnanzte, ohne daß je einer der so Bedachten gewagt hätten, entsetzend oder überhaupt nur zu antworten: es war ja unter Briand! Einer unserer Locarnes-Staatsmänner erklärte nach Locarno, auf den Vorwurf, er sei doch wohl viel zu vertrauensselig Briand gegenüber gewesen: er habe Stunden lang Briand gegenübergeleitet und wisse, daß dessen Augen nicht geblögen hätten. Diese herrliche Aeußerung bezeichnet ganz die Höhe der deutschen Staatsmännlichkeit. Das bestätigen ja auch ihre Erfolge.

Es ist, wie gesagt, möglich, daß Briand zeitweilig noch irgendwie hervortreten wird. Wir werden viel ihn noch manchmal von ihm hören, auch aus Genf. Die Zeit seines Einflusses, der bisweilen in der Welt noch außerordentlich groß war, dürfte aber vorbei sein. Es wäre ganz unrichtig, Briand in erster Linie als Redner zu werten. Gewiß hat ihm auch seine glänzende Rednergabe viele Erfolge verschafft und viele Hindernisse beseitigt, Briand war bzw. ist aber außerdem ein Staats-

mann, der weit blickt und der das bestift, was unseren sogenannten Staatsmännern fehlt, nämlich psychologisch richtige Einschätzung des Gegners; ein Staatsmann, der, Berlin gegenüber immer — nach Bismarcks Definition von Außenpolitik — vorausgesehen hat: was „der Andere“ unter gegebenen Verhältnissen tun würde. Sein Kalkül und Manövrieren mit Stresemann und Genossen von Locarno bis Genf und Choisy war meisterhaft. Im übrigen kannte Briand auch nicht an „selbstlicher Ueberwindung“. Da war nichts zu überwinden und wahrhaft ergreifend postierte er für die jüdische und jüdische Presse in Deutschland bei seinem Berliner Besuch am Grabe Stresemanns.

Es ist nicht anzunehmen, daß Briands Rücktritt lediglich oder auch nur zum größeren Teil seine Ursache in seinem leidenden Zustand habe. Dazu ist sein Ehrgeiz zu groß und jedenfalls auch der Wunsch, mit Knall-effekt sich einen glänzenden Abgang zu schaffen. Im Parlament und in der Öffentlichkeit überhaupt ist aber der Haß gegen ihn schon seit langem groß geworden. Einer umfassend angelegten Intrige dieses Hasses erlag Briand seinerzeit bei der Präsidentenwahl. Seine eigentlichen grundsätzlichen Feinde sind die nationalistischen Führer in Frankreich. Sie betrachten von ihrem nationalen Standpunkt den Kreis des Wirkens Briands in Frankreich als einen Sumpf schlimmster politischer und sonstiger Korruption und Verlogenheit. Nun, das sind französische Angelegenheiten, die Franzosen mögen mit und in ihren Sumpfen tun, was sie wollen. Deutschland wird sich aber möglicherweise bald vor der Erfahrung sehen, ob ein nationalistisch-französischer Gegenpartner nicht vielleicht doch wünschenswerter ist, als der verlogene Europa-Briand. Wie skeptisch wir der Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen gegenüber stehen, wissen unsere Leser, und ebenso gut, daß die beiden Mächte einander, auch wenn sie es wollten, nicht ignorieren können. Ein nationalsozialistisches Deutschland und ein nationalistisch geleitetes Frankreich werden unter allen Umständen mit mehr Offenheit mit einander verhandeln können, denn sie werden beide in der Lage sein, den nationalen Gedanken des anderen anzuerkennen und zu achten. Freilich würde die Vorbedingung dazu sein, daß nationalistiche Leiter Frankreichs einen weiteren Blick und einen größeren Horizont hätten, als z. B. Leute, wie Tardieu oder Franklin Bouillon u. a. m.

Wo stehen wir?

Von Dr. Kaufh.

Vor uns liegt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ des rechten Flügels der Schwerindustriellen „Deutschen Volkspartei“. Diese eine Ausgabe vom 10. Januar 1932 genügt, um aus dem bunten Inhalt der Selbstdarstellungen und Artikel, von denen einem jeden eine ungeheure schwerwiegende Bedeutung zukommt, jene Grundtendenzen der Weltpolitik im allgemeinen und deren Rückwirkung auf die Lage des deutschen Volkes im besonderen freizulegen, die dem Jahr 1932 seinen Schicksalscharakter vielleicht für Generationen geben. Dem geschulten Historiker, der die Weltgeschichte nicht sieht als eine sinnlose Aneinanderreihung zufallgeborener und mehr oder weniger wichtiger Einzeltatsachen, sondern als Ausdruck organischer Wachstums-gesetze, die das Leben der Nationen im Kampf mit unorganischen, art- und wesenfremden Ideen und Ideenmächten internationaler oder uniderischer Art, wie der neueste Ausdruck ultramontaner Oberbanz heißt, zu bestimmen und zu beherrschten suchen, ist dieser Tag des 10. Januar ein Tag weittragender Bedeutung.

Die Erdkugel erhebt unter Erschütterungen, die dramatische Ereignisse verkünden. Im Fernen Osten haben die Japaner Kintjhou besetzt. Die Mandchurie ist damit in der Hand des japanischen Reiches. Nicht nur, daß „Japan keine Aktion in der Mandchurie nicht wird ändern können“, wie ein Vertreter des japanischen Außenministeriums erklärte, es benutzt den antijapanischen Boykott Chinas, um noch härtere Maßregeln anzutündigen. Japan trägt sich mit dem Gedanken, Abteilungen seiner Flotte in chinesischen Häfen zu landen. In einem früheren Aufsatz schreiben wir bereits, daß mit der Völkergreifung der Mandchurie der Aktionsradius der japanischen Außenpolitik sich nach den Philippinen, nach Australien und Kanada ausweitet. Die materielle Voraussetzung, eben die Basis der Mandchurie ist geschaffen. Das ruft automatisch U.S.A. auf den Plan. Es ist nicht nur ein Zeichen des Unmutes und Reifentums, wenn der amerikanische Kongreß und die leitenden amerikanischen Staatsmänner, den bereits politisch erledigten Hoover ausgenommen, die Abkehr von der durch Wilson inaugurierten Europapolitik verlangen, weil Amerika am europäischen Geschäft zu viel verloren hätte und nun bankrotten Schuldnern gegenüberstehe, es ist vielmehr die ganz nüchterne Erkenntnis, daß Amerika allzulange seinen weltlichen Konkurrenten am anderen Ufer des pazifischen Ozeans, Japan, freie Hand gelassen hat, um sich eine für U.S.A. immer bedrohlicher werdende

Bereinigung der Reichswartfreunde

Die 3. Zusammenkunft findet am Montag, dem 18. Januar, nachmittags 5 Uhr im

„Wilhelmshof“, SW 11, Anhaltstraße 12 statt.

Der Herausgeber des „Reichswart“ spricht zur Lage.

Wetterfest und doch zart zugleich und ohne die uneheliche Note kann die Haut sein, wenn die bekannte gute Creme Leodor verwendet wird. Keine Padung fettfrei — blaue Padung fettfettig. Unter-Wortkriegspreise.

Position zu schaffen. Wenn die Vereinigten Staaten zum Schutz des Panamakanals, der Schlüssel der amerikanischen Großmacht, an seiner Westausmündung einen der stärksten Marine- und Luftstützpunkte in aller Welt auszubauen begonnen haben; wenn 300 Flugzeuge nach den Hawaii-Inseln abgefordert wurden; wenn die „New York Evening Post“, die „Chicago Tribune“ schleunige Gegenaktionen fordern und „New York World“ schreibt: „Wenn die Washingtoner Regierung keine schleunigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Unantastbarkeit ihres Vertrages betreffend die Mandchurie unternimmt, so verliert alles, was nach dem Weltkrieg geschaffen wurde, jeden Wert“; wenn die Vereinigten Staaten auf der Weltabdrückungskonferenz wohl eine Abrüstung der Landstreitkräfte, nicht aber eine Beeinträchtigung des Bauprogramms ihrer 20 000 Sonnen Großlampenschiffe fordern wollen, so ist die Wendung der amerikanischen Außenpolitik genügend gekennzeichnet. Japan hat diese Note mit Ruhe und Gelassenheit aufgenommen. Es ist der Unterstützung der französischen und — englischen Politik sicher.

Die japanisch-amerikanischen Gegensätze sind gewiß die naturnotwendige Folge zweier rivalisierender Großmächte auf der anderen Seite der Erdkugel, aber daß dieser Konflikt in diesem Augenblick die Formen annimmt, die zur Katastrophe führen, das ist der Verschlagenheit der französischen Diplomatie zu danken. Als Hoover dem französischen Ministerpräsidenten Laval bei dessen Anwesenheit in Washington den Rat gab, Ordnung auf dem europäischen Kontinent durch eine Politik aufrichtiger Verständigung zu schaffen, als er der französischen Politik nach seinen eigenen Worten eine unzureichende und weltgeschichtliche Aufgabe bei dem Gelingen dieser Aufgabe zusprach, da verstand der kühnere und verschlagene Süßfranzose Laval das auf seine Weise und hörte nur den drohenden Nachschuß des amerikanischen Präsidenten, daß Amerika sich anderen Mächten zuwenden werde, wenn Frankreich diese Aufgabe böswillig zertören würde. Es war kein Zufall, daß gerade zu jener Zeit, als Laval in Amerika weilte, Briand im Völkerbundsrat präsidierte, um den chinesisch-japanischen Konflikt zu „bereinigen“. Die Drohung Hoovers verschärfte die Aktivität Japans. Die Drahtzieher sitzen im Quai d'Orsay. Die französische Diplomatie hat es bisher mit Erfolg verstanden, Amerika daran zu hindern, daß es sich anderen Mächten zuwendet. Frankreich beschäftigt U.S.A. im fernem Osten.

Es ist ihm bisher geglückt, die angelsächsischen Einheitsfront zu hintertreiben. Nichts charakterisiert das besser als die Tatsache, daß die amerikanische Note an Japan in England sehr unbehagliche Gefühle auslöste. Frankreichs Druck auf das englische Bündnis genügt, um in allen Fragen der Weltpolitik die englische in das französische Kielwasser zu zwingen. Gleichgültig, ob es sich um die Lausanner Tributkonferenz, die Abrüstungskonferenz oder den ostasiatischen Konflikt handelt. Eben hat es durch den Abschluß des Nüchtangriffspaktes mit Rußland sich ein neues Druckmittel auf das britische Inselreich verschafft. Wenn Briand vor einiger Zeit davon sprach, daß England eine europäische Angelegenheit sei, so war das eine unverhohlene Drohung, der die englische Diplomatie die Antwort mit den Worten hätte geben müssen: dann ist Frankreich eine afrikanische Angelegenheit. Über hierzu ist England zu altersschwach geworden. Heute geht Frankreich daran, den Kanal du Nord zu vertiefen und zu erweitern und an seinem Mündungsgebiet im Mittelmeer einen neuen Kriegshafen zu errichten. Auf dem kürzesten Weg kann die französische Flotte, ohne Gibraltar passieren zu müssen, vom Atlantik nach dem Mittelmeer geworfen werden. Andererseits hat England keine ägyptische Garnison bis auf ein Minimum reduzieren müssen. Der Suezkanal ist schutzlos geworden. Praktisch ist im Mittelmeer isoliert. Der französisch-russische Nüchtangriffspakt ist in einem Zuge der Dank Frankreichs an Rußland für sein Stillschalten im fernem Osten, eine neue Mine gegen die englische Nachstellung und die Vollendung der Einkreisung Deutschlands. Polen, Rumänien, Litauen, Estland, kurz all die Unrainer an den Sowjetstaat, schließen mit diesem ihre Nüchtangriffspakte ab. Die französische Politik dirigiert überall: gegen England, gegen Deutschland. Und Rußland braucht Ruhe und Zeit.

Die Situation, in der sich das deutsche Volk befindet, gleicht innen wie außenpolitisch unmittelmäßig der vor dem Dreißigjährigen Krieg. Außenpolitisch wird das sichtbar in der Währungs-gemeinschaft Skandinavien-England. Die Tories sind es, die diese Gemeinschaft fördern. Ueber den Weg der finanziellen Zusammenhänge breitet sich eine Front der nordischen Staaten vor! Sie richtet sich gegen die französisch-deutsche Gemeinschaft, die sich ebenfalls durch Angleichung der deutschen und französischen Währung und der Arbeiten des deutsch-französischen Wirtschaftsrates vorbereitet. Wenn das Organ des Reichsfinanzlers Brüning, die hochkatholische „Germania“, schon des öfteren Frankreich an seine hohe Kulturmission erinnerte, die es so lange vergeblich hat, dann soll das nur heißen, daß es um das katholische Mitteleuropas willen seinen nationalen Chauvinismus eindämmen sollte. Wenn Frankreich in seinem Lausanner Tributprogramm nur ein Moratorium und die Weiterzahlung der ungeschützten Annuitäten des Youngplans fordert, so bejagt das nichts weiter, als daß es einmal vorerst noch keine

definitive Lösung des Tributplans will, da es erst am Anfang der Besitzergreifung Deutschlands ist, und daß es zum andern eben gerade den schönsten Anfang dieser „friedlichen Durchdringung“ damit beginnt, daß es größtmöglich gestärkt, die W.Z. solle die von Deutschland eingezahlten ungeschützten Annuitäten in Form von Anleihen an die Reichsbahn zurückfließen lassen, die Reichsbahn müsse jedoch den Gläubigermächten in gleicher Höhe sofort verzinnsliche Obligationen ausstellen, die nach dem Schlüssel von Spa, demzufolge Frankreich 52 Prozent zu erhalten habe, zu verteilen wären. Mit den Eisenbahnen und den unbedingt nachfolgenden Wasserstraßen würde Frankreich das technische Rückgrat des Deutschen Reiches in der Hand haben. Deutschland kann Aufmarschgebiet werden! Das ist der Griff nach dem Reich als Gesamteinheit. Parallel hierzu läuft der Plan der Zerrückung der Reichsneutralität. Die „W.Z.“ vom 10. Januar bringt die Nachricht, daß der derzeitige französische Geschäftsträger in München, Graf d'Ormesson, zum Gesandten und bevollmächtigten Minister ernannt worden sei. Der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Herr Berthelot, ist der Inspirator der Donauföderation. Wir wiesen bereits in einem früheren Aufsatz „Das Reich in Gefahr!“ darauf hin, daß hier die ultramontane Politik in Verbindung mit der französischen den dämonischen Plan ausgeklübelt hat, das Reich zu zerschlagen. Die Politik der katholischen Kirche und die französische laufen in diesen Tagen in vollster Harmonie nebeneinander her. Brüning wünscht sie als ihren Vollstrecker. Weshalb macht er Bayern nicht kategorisch auf den Verfassungsbruch aufmerksam, der in Duldung einer französischen Ge-

landtschaft in München deutlich sichtbar ist? Die auswärtigen Beziehungen sind ausschließlich die Sache des Reiches nach der Verfassung!

Es geht in diesen Tagen um ein ganz hohes Spiel, um Sein oder Nichtsein der deutschen Nation als staatliche Einheit.

Brüning schiedte sich in diesen Tagen an, durch Übernahme der Wasserstraßen von Reichs wegen die Verfassungsreform im unitarischen Sinne vorzubereiten. Frankreich tut den scheinbaren Gegenzug mit der Ernennung d'Ormessons zum Münchener Gesandten. Das Rundwerden jenes Reichswasserstraßengesetzes löste im bayerischen Separatismus einen Entzündungspunkt aus. Weshalb verurteilte er so plötzlich. Dr. Raas war in Rom aus Gesundheitsgründen. Der bayerische Separatismus ist katholisch und wittelsbachisch! Rom hat schon die Widerpenstigen gebändigt. Wie wenn man dem Bayern einen Wittelsbacher als deutschen Kaiser verprügele? Das kann auch der bayerische Separatismus sich gefallen lassen. Reichsreform als Vorbereitung eines katholischen Deutschland! Wie war das doch? Bisher hatte die „Germania“ den Gedanken der Donauföderation immer als etwas dargestellt, worauf man sich gefaßt machen müsse. Am 7. Januar veröffentlichte sie einen Leitartikel, der die Ueberschrift „Deutsch-Oesterreichs Weg“ und den bezeichnenden Untertitel: „Begehrte Hoffnungen und dauernde Gefahren“ trug. Hier wird über die Donauföderationspläne das Verdammungsurteil gesprochen. Wozu jetzt noch die Reichsneutralität zerreißt, wenn man das Ganze haben kann? Aber auf jeden Fall ist die französische Gesandtschaft für Rom

wie für Frankreich eine Sicherung. Die E.L. und E.S., in der Deutschlands völkische Freiheitstruppe sich formiert hat, könnte mit ihrem Führer die allein entscheidende Macht im Reich erhalten. Dann mag das Reich zum Teufel gehen! Und diese E.L. und E.S. ist der Dorn im Auge der Schwarzen. Nicht umsonst forderten gerade in den letzten Tagen immer wieder Zentrumsführer deren Auflösung. Die braune Freiheitstruppe des deutschen Volkes, sie macht keine Politik, sie kennt nicht die verschlungenen und verwinkelten Geheimfade und Minengänge der Politik, aber hier hat ein Volk eine disziplinierte Revolutionsarmee herausgestellt, die aus dem blut- und bodenverbundenen natürlichen Rasseninstinkt handelt, die den Feind wittert!

„Europa als Reich-Gottes-Frage“ ist der Hauptartikel des Zentralorgans des mittel-europäischen Katholizismus, der „Schönen Zukunft“, vom 10. Januar. Dort steht das Programm der römischen Kirche für das Jahr 1932 in den Sägen: „Nicht ein drittes Reich wird die Erlösung bringen, denn es gibt kein drittes Reich. Deshalb nicht, weil es nie ein zweites gegeben. Was man gemeinhin dafür ausgibt, war kein Imperium, wenigstens kein Haupt sich Imperator nannte, sondern der politische Schlupfwinkel des Protestantismus gegen das sacrum imperium, ein weltgeschichtliches Irrtum Preußens. Nicht ein anderes und drittes, sondern das Eine Reich braucht, das von Rom gegründet, von Rom bewahrt, nur von Rom aus Europa und dem Globus gegeben werden kann, dessen Cäsar in einem noch tieferen Sinne Gottes sein wird als Augustus, Konstantin oder Karl.“ Wer Ohren hat zu hören, der höre! —

Vor der Reparationskonferenz

Von Erwin Dieckhoff, Berlin

Europa rüstet jetzt in der Tat zu einer Konferenz, in der eine Neuordnung der Reparationen auf der Tagesordnung steht. Es ist notwendig, sich vorher zu überlegen, was man eigentlich erreichen will. Es scheint nämlich so, als ob alle Parteien in Deutschland diesmal in dem Ziel einig wären, und dieses Ziel scheint ganz einfach: Streichung der Reparationen. In rund zehn Jahren seit der Schaffung des Reparationsproblems scheint also die Beseitigung des Reparationsproblems zum akuten Weltproblem geworden zu sein. Ist das ein Erfolg? Ob man nun behaupten will, der von der nationalen Opposition in Deutschland geführte Kampf gegen die Reparationen hätte zu diesem „Erfolge“ geführt, oder ob man der „Verständigungspolitik“ ihren „Ruhm“ dieses „Erfolges“ lassen soll, ist eine Frage, die man erst zutreffend beurteilen kann, wenn man das Problem und alle seine Wirkungen und Nebenwirkungen im vollen Umfange durchleuchtet hat.

Bereits heute steht fest, daß die „Lösung“ der Reparationsfrage in eine mehr oder weniger enge Bedingtheit zu der Frage der Weltanschauung gebracht werden dürfte. Die deutschen Reparationen werden also vor den Wagen der Uchigkeit gespannt, die inter-alliierten Kriegsschulden an Amerika mit einem oder mehreren Strichen zu beseitigen. Wenn wir diese Frage nüchtern sachlich definieren, so heißt sie: Deutschland vor der Welt moralisch verantwortlich dafür zu machen, daß das amerikanische Volk sein der Entente geliehenes Kapital nicht zurückerhält. Ist das nicht schon eine große Ungerechtigkeit?

Wenn wir ferner die wirtschaftlichen Folgen der Politik vergleichen, die Deutschlands innere Schulden annulliert hat, die große Vermögensvernichtung, die Deutschland zum Krüppel gemacht hat, dann können wir uns so ungezogen die Folgen vorstellen, die für Amerika aus der beabsichtigten Kapitalzerstörung eintreten müssen. Die Schuld dafür auszubürdel zu bekommen, ist eine durchaus nicht leicht zu nehmende Geschichte. Schon heute ist man im deutschfreundlichen Auslande arg verstimmt, daß Deutschland allerhand Manipulationen macht, seine Schulden nicht korrekt zu bezahlen. Wollen wir uns durch die Verknüpfung der Reparationsfrage mit den inter-alliierten Schulden, die uns gar nichts angehen, die ganze Welt zu Feinden machen?

Groß aufgemacht ging kürzlich durch die deutsche Presse die Nachricht von den Feststellungen des Finanzausschusses des amerikanischen Senats, daß die führenden New Yorker Bankhäuser rund 23 Milliarden Mark Auslandsanleihen ausgegeben hätten, wobei sie rund 800 Millionen Mark verdient hätten. Der Ausschuss schätzte die Gesamtmission von Auslandsanleihen durch Wallstreet zwei bis dreimal höher und die Profite auf 1,6 bis 2,4 Milliarden Mark. So, so viel verdiente Amerika an seinen Auslandsanleihen? Ein so fettes Geschäft? Die Bankiers haben verdient; aber das amerikanische Volk hat Milliarden über Milliarden verloren! Denn die Auslandskredite sind schon jetzt in großem Umfange zweifelhaft und minderwertig geworden. Wenn nun noch die auch für Amerika sehr wesentliche Kapitalberknappung durch die Schuldenstreichung hinzukommt, und es auch auf seine privaten Ausleihungen nicht zurückgreifen kann, dann wird das Wirtschaftsbild drüben erschreckende Ähnlichkeit mit der deutschen Entwicklung bekommen, und die Folgen für

die Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft werden noch weit katastrophaler sein als jetzt. Sollen wir gegen diese unbedingten naturnotwendigen Folgen blind zur Reparationskonferenz gehen?

Wäre es nicht wirklich besser, zu überlegen, was sich eigentlich und nur nach außen hin gebiert durch das Reparations- und Weltverschuldungsproblem bei uns und in der Welt vollzieht? Seit Jahren wird immer nur das Reparationsproblem verantwortlich gemacht dafür, daß in Deutschland die Wirtschaft Störungen erleidet, die zu immer verwerflicherer Not führen. Wer sich dagegen wandte, wurde eigentlich von allen Parteien verurteilt. Will man noch nicht einsehen, daß die Reparationen immer nur das rote Tuch waren, gegen das man das deutsche Volk sich austoben ließ? Reparationen galten als die Ursache der sogenannten Inflation, der Geldverfälschung, der Mäße, unter der man den Geldumsatz (real gemessen) so ungeheuer einschränkte, wie es sonst überhaupt nicht möglich gewesen wäre, unter der man genau so wie heute mit der Deflation die Werte von Waren, Arbeit und Vermögen vernichtete. Reparationen galten als Grund für die Auslandskredite, die in leichtsinnig verlobert wurden und die Tragfähigkeit von Steuern vorpiegelten, mit denen die ökonomische Hand Grundstücke, Fabriken und Beteiligungen aufkaufte, daß heute kein wesentlicher Betrieb, kein wesentliches Vermögen in Deutschland existiert, bei dem nicht Reich, Länder und Gemeinden zumindest wesentlichem Anteil haben. Immer galten die unentrim-

baren Reparationen als Grund und Rechtfertigung für Steuern und Soziallasten, zur Finanzierung der Not und der Umstellung der Wirtschaft auf die Sozialisierung, die wir doch heute tatsächlich haben.

Können wir wirklich widersprechen, wenn der „Vorwärts“ (Nr. 575 von 1931) feststellt:

Von der sogenannten freien Wirtschaft ist nichts mehr übriggeblieben.

Ist es nicht rein und ausschließlich eine große Dummheit, wenn wir, nur um die Verantwortung der regierenden oder in der Wirtschaft führenden Parteien und Persönlichkeiten nicht wahr haben zu wollen, uns immer haßerfüllt entgegenbrüllen lassen, daß war der Kapitalismus, der die Not gebracht hat? Wollen wir denn auch heute noch nicht den Irrtum einsehen, daß die ganze Konzentration und Kollektivierung, die Schaffung von Gelegenheiten für Gewinnsucht und Räubertum gegen den schwächeren Einzelnen, das Vorherrschaft der Generaldirektoren und Spekulanten die marxistische Methode war, die individualistische Wirtschaft auszuhöhlen und zu bemakeln? Weshalb genieren wir uns, Irrtümer, wo sie begangen sind, einzugestehen und offen die Folgerung zu ziehen:

Die Not von heute, die Verzweiflung und Erbarmlichkeit der Lebenshaltung des schaffenden Menschen, das ist Marxismus! Ja, wir haben ihn! Die, die ihn wollen, die ihn herbeiführen wollten, und in der Führerschaft so willige Werkzeuge fanden und finden, die Sozialdemokraten erkennen in dem Zustand von heute ihr System wieder: „Von der sogenannt-



Sie werden es bestimmt bedauern, wenn Sie diese Gelegenheit versäumen!

Das Auge hat es bestätigt...

Alles — und noch mehr als wir versprochen. Die herabgesetzten Preise. Die sensationellen Kaufgelegenheiten. Den echten, radikalen

INVENTUR-AUSVERKAUF
der Überall gelobt wird
NEUE LEISTUNGEN!

Mäntel und Anzüge
18.- 28.- 34.- 43.-

Esders & Dyckhoff
DAS HAUS FÜR HERREN- U. KNABENKLEIDUNG
GERTRAUDENSTRASSE 8-9

ten freien Wirtschaft ist nichts mehr übriggeblieben.

Weshalb macht man denn auch heute die ganze Politik der Wertzerstörung unter der Maske von „Verbürgung“ mit, wenn man nur andern die wesentlichsten Einschränkungen und Räte abhürden kann? In der Wirtschaft kann nicht nur einer zahlen, sondern da zahlen alle mit! Der Lohnempfänger kostet nicht nur, sondern ist auch Kunde und der eigentliche Arbeitgeber. Rente des Kapitals ist der Lohn des Arbeiters, der Lohn des Arbeiters der Ertrag des Unternehmers, des „Kapitalisten“!

Weshalb will man dem „Vorwärts“ nicht glauben, wenn er zur Eisernen Front ruft und schreibt (Nr. 547, 1931):

Für uns gibt es nur einen Feind, und der steht rechts. Es gibt keine bolschewistische Gefahr, aber es gibt eine faschistische Gefahr.

Internationaler Sozialismus und Kommunismus sind nur in den Wegen zum Ziele unterschiedlich; im Ziele eins: Vernichtung allen Besitzes in der Welt, Subordination des Menschen unter die Masse! Niemand, und möge er noch soviel leisten, soll mehr haben als alle, Besitz nur die „Allgemeinheit“, der faule öffentliche Saug.

Wollen wir uns nun näher ansehen, welcher Weg der „erfolgreichere“ war? Nicht die kommunistischen Hühner haben gesiegt, sondern die „verbürgerlichten“ Sozialdemokraten. Auch ihr Ziel ist internationale Sozialisierung. Und die Methode zu ihrem Ziele steht nahe am Ziel ihrer Wünsche! Es ist die Politik der „Verständigung“ in der Reparations- und Weltschuldenfrage. Die große Zerstörung der Kapitalforderungen, die sogenannte Schuldenstreichung, die ja so schön, wie das deutsche Beispiel gelehrt hat, die

Sozialisierung der Wirtschaft einleitet, den Zustand, in der von der freien Wirtschaft nichts mehr übriggeblieben ist. Dazu Reparationskonferenzen, zu denen es der alte Sozialist MacDonald so merkwürdig eilig hat, daß er sogar die Führung der englischen nationalen Front übernahm und sich äußerlich von seinen Genossen trennte! Daher der große Ruf „Weltwirtschaftskrise beheben“, „Beheben“ mit dem großen Mittel der Weltschuldenstreichung, der Kapitalzerstörung ganz großen Stils.

Wir dürfen uns nicht von Sentiments leiten lassen, nicht Ioden mit Reparationsstundung und Schuldenerlaß! Dieser Schuldenerlaß, den uns die Reparations- und Weltschuldenkonferenzen bringen kann, ist der Weg der Weltsozialisierung. Es ist ein Weg ins Chaos, keine Rettung am Ziel, keine Abhürdung, kein Weg zur Freiheit! „Das deutsche Problem“ zum Angelpunkt der Weltwirtschaftskrise zu erheben, heißt Deutschlands Unglück zur Keimzelle der Weltsozialisierung zu machen! Es ist Verjüngung der Welt durch den sozialistischen Bazillus. Der Welt den Zustand des „Heils“ zu bringen: „von der sogenannten freien Wirtschaft ist nichts mehr übriggeblieben!“ Die „Erfüllungspolitik“ hat zu dieser „Verständigungspolitik“ geführt. Die Geschichte erzählt vom Bruderfuß, den der unterlegene Moriskenführer (Morisken, die letzten Mauren in Spanien) dem siegreichen feindlichen Feldherrn gab, und wodurch er ihm schleichende, tödliche Krankheit infizierte. Das ist der Verjüngungsfuß der kommenden großen Konferenzen, die Verständigungspolitik, die Übertragung des Pestbaillus „Sozialismus“, an dem das deutsche Volk seinem Ende entgegengeht!

Sollen wir diesen Fuß mit dem deutschen Namen verbinden lassen? Kann dieser Weg zur Freiheit führen? — — —

Kindes kurzfristiger Kredite in der Höhe von Milliarden — und der Reparationszahlungen. Im Frühjahr und Vorommer 1931 begann das Vertrauen ausländischer Gläubiger in die deutsche Zahlungsfähigkeit zu schwanken. Es hat ja nicht an in- und ausländischen Berechnungen über die Verschuldung Deutschlands und seine mutmaßliche Zahlungsfähigkeit gefehlt. Inzwischen konnte das gesamte Ausland aus Basel und andern Finanzzentren hören, daß Deutschland z. B. tatsächlich nicht in der Lage sei, Reparationen zu leisten und gleichzeitig allen übrigen Verbindlichkeiten nachzukommen.

Eingeleitet wurde der panikartige Rückzug von Kapital aus Deutschland durch den Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt, der einerseits zu Zusammenbrüchen in Deutschland selbst führte und andererseits die englische Finanzkrise zum eigentlichen Ausbruch brachte. Bekanntlich hatte die Londoner City sowohl bei der Kreditanstalt als in Zentral-europa überhaupt große Beträge — und in erheblichem Umfang kurzfristig — investiert; hinzu trat, daß die Zinszahlungen aus englischen Dominions (besonders aus Australien und Kanada) stauten; der chinesische Bürgerkrieg und die indische Freiheitsbewegung schwächten empfindlich die englische Handelsbilanz, und die Zusammenjüngung des Welthandelsumsatzes bedingte einen Ausfall der Einnahmen aus dem Ueberseeverkehr. Die englische Zahlungsbilanz, 1930 noch mit etwa 30 Millionen Pfund aktiv, weist für das Jahr 1931 eine Unterbilanz von wahrscheinlich über 100 Millionen Pfund aus (genaue Zahlen liegen noch nicht vor).

Und wie England den Zentralmächten erhebliche Beträge kurzfristig zur Verfügung gestellt hatte, hatte es seinerseits von Frankreich, Holland und vorab von Neuhort hohe Summen auf kurzen Abruf erhalten. Besonders die französischen Gläubiger zogen aber ihre Gelder ohne Rücksicht auf die Folgen aus England zurück und zwangen die englischen Schuldner, als Gläubiger ähnlich gegen die mitteleuropäischen Schuldner vorzugehen. Da aber außerhalb der Union, der Schweiz und etwa noch Holland kein Land in der Lage war und ist, alle kurzfristigen Verbindlichkeiten sofort zu tilgen, mußte der Insturz der Gläubiger zur Kreditverknappung und zu Zahlungseinstellungen führen.

Hat nun aber der Nationalsozialismus mit der kurzfristigen Verschuldung der Welt etwas zu tun? Trägt er eine Schuld an Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt, an den dadurch bedingten Zusammenbrüchen, an den australischen und kanadischen Zahlungsschwierigkeiten, an chinesischen Bürgerkrieg, der indischen Freiheitsbewegung usw.? Ueber die „Weltwirtschaft“ ausgezeichnet unterrichtete deutsche „Reichsbanner“ schieben dem Nationalsozialismus die Verantwortung zu für Ereignisse und Verhältnisse, die bisher ganz außerhalb dem Bereiche seiner Beeinflussung standen.

Ebenso fehlt geht die Behauptung, der Nationalsozialismus würde bei Regierungsübernahme zwangsläufig zum Rückzuge ausländischer Kredite führen und insofern die deutsche Wirtschaft ins Chaos stürzen. Ende Juli 1931 erreichte die deutsche Auslandsschuld die Höhe von rund 30 Milliarden Mark. Dem ein Auslandsguthaben von etwa 7,5 Milliarden gegenüberstand. Inzwischen sind kurzfristige Kredite zurückgezogen worden, doch dürfte die reine Auslandsschuld immer noch wenigstens 23 Milliarden Mark betragen. Bei Aufrechterhaltung

der Goldwährung könnte das Ausland durch ein rücksichtsloses Vorgehen zwar die Reichsbank zwingen zur Abgabe ihrer letzten Goldreserven und Devisen und zum sofortigen Uebergang zu einer andern Währung, aber bezahlt machen können sich die ausländischen Gläubiger nie auf diesem Wege. 23 Milliarden Mark kann Deutschland letzten Endes nur mit Waren verzinsen und zurückzahlen — oder gar nicht.

Es ist schwer verständlich, wie heute noch gewisse Kreise die Rettung Deutschlands in neuen Auslandskredit sehen können. Wird denn die deutsche Schuldenlast durch weiteres Sorgen erleichtert? Verlangen die neuen Gläubiger nicht auch ihresfalls Verzinsung und Rückzahlung des geliehenen Kapitals? Durch die Pumpwirtschaft seit 1924 wurden wir an den Rand des Abgrundes geführt, und durch weiteres Pumpen sollen wir uns vor diesem Abgrunde retten? Einmal muß Deutschland beginnen, seine Schulden nur mit Wareneinfuhrüberschuß zu tilgen; das ist schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 in steigendem Maße geschehen. Je geringer Kapitalstock und Zinslast, desto rascher befreit Wareneinfuhrüberschuß Deutschland von fremden Verpflichtungen. Mit Rücksicht auf den zusehends knapper werdenden Absatz auf den Weltmärkten ist daher jede weitere deutsche Pumppolitik im vollen Sinne des Wortes, während umgekehrt jede wahre Aufbaupolitik die Anleihenwirtschaft für die Zukunft energisch ablehnt.

Und wenn sogar das „Berliner Tageblatt“ einräumt, Deutschland könne ohne Gefährdung seiner Wirtschaft und ohne Inflation die Goldwährung durch eine von dieser losgelöste Dollarmwährung ersetzen, so kann ein nationalsozialistischer Staat mit Hilfe einer nationalen Währung ausländischen Finanzdruckversuchen einen ganz andern Druck entgegensetzen als Leute, die der Weisheit letzten Schluß im Ferkeln um fremdes Geld sehen. Sind wir uns aber darüber einig, daß Deutschland so oder anders, früher oder später gar nicht oder nur mit Waren bezahlen kann, so muß es offenbar alles tun, um die Wareneinfuhr möglichst einzuschranken und die Ausfuhr zu heben. Dies aber ist nur möglich durch weitgehendste Rückkehr zur Nationalwirtschaft, vor allem durch Hebung und Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

*) Zu dieser wichtigen Bemerkung unseres Herrn Mitarbeiters ist noch die folgende, sehr wichtige frühere Feststellung des Reichswarts hier zu wiederholen: in der Nacht der Wahl schon wurde von Berlin aus in alle Welt getelert und telephoniert, die Nationalsozialisten begännen die blutige Revolution, inszenierten Judenprogramme, seien im Begriff, die polnische Grenze zu überschreiten. Daraufhin erfolgte die Börsenpanik, ging das „Vertrauen“ verloren. Und diese Verluste wurden der reiche Gewinn für die Organisation jenes großen jüdischen internationalen Börsenmanövers. Die „einschlägige“ Presse aber läßt fröhlich weiter, der nationalsozialistische Wahlerfolg hätte dem deutschen Volk Milliarden gekostet. Lügen haben lange Beine!

E. K.

Verantwortlich für den Inhalt und Anzeigenanteil: Otto Röger in Regensburg, Berlin, Verlag „Der Reichswart“ (Verlagsbesitz) mbH, Berlin SW 68, Friedrichstr. 42, 3. Et., Telefon 2880. Druck: Klotz-Druck GmbH, Berlin.

Der Nationalsozialismus und die Auslandskredite

Wirtschaftlich „nüchtern“ denkende und urteilende Kreise befürchten ernstlich, der Nationalsozialismus führe zum wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands. Aus bestimmten Zwecken ist diese Furcht geweckt und genährt worden. Noch vor wenigen Tagen behauptete eine große demokratische Tageszeitung: „Schließlich der vernichtende Schlag gegen die öffentlichen Finanzen und den privaten Besitz: die Wahlen vom September 1930, der große Hitler-Sieg. Da begannen die lange Reihe der schwarzen Tage, die Flucht der Kapitalien, die Zurückziehung der ausländischen Kredite, die Not und der Zusammenbruch der Banken, der Mangel an flüssigen Mitteln in Handel und Industrie. Bei jedem Wahlerfolg der Hakenkreuzler wurden die Reste der deutschen Kreditfähigkeit noch mehr zerstampft.“

Man könnte daran erinnern, daß große Kapitalbeträge aus Deutschland geflüchtet bzw. zurückgezogen wurden in der gleichen Zeit, in welcher eben diese Presse mit Genugtuung meldete, die völkische Fieberkurve sinkte, die Gefahr des Nationalsozialismus sei überwunden. Wer hat übrigens Deutschland in diesem Umfang abhängig gemacht von ausländischen Krediten? Diese Abhängigkeit ist eine Folge der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik seit Kriegsende,

und die Verantwortung dafür fällt voll und ganz den Gegnern zur Last; diese Verantwortung müßten sie nun in letzter Minute auf den Nationalsozialismus abwälzen.

Die „Realspolitiker“ und „Wirtschaftsführer“ belehren uns freilich, daß wir mit der Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von ausländischen Krediten ebenso rechnen müssen wie mit der tatsächlich bestehenden Verschuldung. Unter diesen herrschenden Verhältnissen würde der Nationalsozialismus Deutschland finanziell nicht nur isolieren, sondern aus- und infandische Kapitalisten veranlassen, ihr Geld so rasch wie möglich zurückziehen und im „sicheren“ Auslande anzulegen. Dieses Argument ist ein belächeltes und immer wieder wirklames Schreckmittel gegen die deutsche Freiheitsbewegung.

Nach den letzten Reichstagswahlen wurde tatsächlich rund eine Milliarde Mark aus Deutschland zurückgezogen. Die an dieser Kapitalflucht beteiligten Kreise stehen nämlich jener Presse sehr nahe, welche mit eben dieser Kapitalflucht gegen den Nationalsozialismus Propaganda macht! Aber völlig abwegig ist die Behauptung, der Rückzug dieser Milliarde habe die deutsche Wirtschaft erschüttert. Die Bankzusammenbrüche und die im Sommer 1931 einsetzende Finanzkrise sind eine Folge des

Zodbad Schlaganfall, Adererkalk, Bluthochdruck, **Zölz**, Schlacken, Prostata, Kurhalm, Sanitätsrat Dr. Traub

Herrenmoden elegante Maßanfertigung / Reichhaltige Stofflager / Reparaturen u. Abendoutfit mod. vorgetragen, Schneidermeister **Sarris**, Laden, Markgrafenstraße 7, Tel.: Dönhofs 518

Dr. Weiss **Asthma-Kurhaus** Berlin-Südende

Daunendecken auch Aufarbeitung! **Bettenhaus H. Schoner**, Berlin SO 36, Oranienstr. 12, Nähe Hochbahnh. Görlitzer Bahnh., Fernspr.: F 8, Oberbaum 0827

Aus Privathand gutes Marktklavier sowie 1 Stilleben, Charles Hogue, sehr preiswert zu verkaufen. Anfragen an den Verlag erbitten

30. Tausend von Thor Goote, Dieses Buch ist aus der namenlosen grauen Masse eines Feindes aus den Reihen der Kolonnen, die im Innern und außen, blutend und stumm den Tod führt. Hier stehen und reden, handeln und sterben Leute, die mir alle gleichen, erliebt, geliebt und verachtet, verurteilt und gekannt haben, hier ist eines der Bücher, die wahr sind vom ersten bis zum letzten Wort, ohne Schmutz, ohne Phrasen, ohne Uebertreibung

Verlag Tradition Wilhelm Kell * Berlin Zu beziehen durch die Buchverhandlung des „Reichswart“

Empfehlenswerte Bücher ... **Reichswart**, Berlin SW, Friedrichstr. 42

Das neue Buch des Grafen E. Reventlow: **„Der Weg zum neuen Deutschland“** Ein Beitrag zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes / 28.- RM. (Ratenzahlungen) Mit 55 Abbildungen, 1 Titelgravüre und 1 Leporello Inhaltsverzeichnis: Vorwort, Agonie des alten Deutschland, Hitlers Entschluß, Marxismus, Marxisten, Weltkrieg, Arbeiter-tum, Hier Schwäche, dort Heuchelei, Auf der ganzen Linie gefiegt, „Die Republik ruft!“, Hitler, Sozialdemokratie, Juden, Im ury, hallofes Bürgertum, Parteivück - Verfallsbetrug - Los von Berlin, Der Marsch in die deutsche Zukunft beginnt, Hitlers Kampf um München, Völkische Bewegung, Hitlers Programm, „Kriegsverbücher“ Kapp, Ruhr-aufstand, „Erfüllung“, Verzweiflung, Fol-lister Nord, Bayern in Deutschland - Ruhr-krieg - Der 4. November, Dawesgefesse - Locarno und die Nationalsozialisten, Deutsche Zukunft als Ziel, Die Entwicklung der nationalsof. Bewegung zur Macht, Der Führer der NSDAP, Der Arbeiter - Volksgenosse, Schuldfrage-Luzenboitke, Der Geist baut den Körper, Verzeichnis der Abbildungen

NATIONALE ZIGARETTEN-FABRIK Eugen Küster, Köpenicker Straße 96/97, Telefon: F 7, Jannowitz 0461, Vertreter für Berlin und Vororte (nur aus der Branche) gesucht. Vorstellung nur vorm.